

Heimat Thüringen. Im Herzen Europas.

In einer globalisierten, digital organisierten und immer unübersichtlicher werdenden Welt ist das Bedürfnis nach Heimat so groß wie nie. Gerade junge Menschen, von denen immer mehr Flexibilität erwartet wird, haben eine Sehnsucht nach Halt, Sicherheit, Orientierung und Heimat. Heimat stiftet Identität und entsteht dort, wo Familien und Bindungen wachsen, wo sich Menschen im Ehrenamt einbringen, wo Traditionen gelebt werden, wo man sich zu Hause fühlt und es als lebenswert empfindet. Heimat heißt: zu Hause sein und sich zu Hause fühlen.

Wer sich seiner Wurzeln und seiner Identität bewusst ist, der ist am besten in der Lage, sich anderen Kulturen zu öffnen und seiner Umwelt weltoffen und respektvoll zu begegnen. Deshalb sind Begriffspaare wie Heimat und Weltoffenheit, Tradition und Toleranz keine Gegensätze, sondern zwei Seiten einer Medaille. Wir betrachten dennoch mit Sorge, dass Rechts- und Linkspopulisten beides gegeneinander ausspielen. Wir treten deshalb dafür ein, dass der Heimatbegriff positiv besetzt wird und überlassen ihn nicht der Instrumentalisierung durch Populisten.

Thüringen soll Heimatland für alle sein, für die alteingesessenen Thüringer und auch für Neubürger, egal ob sie aus Deutschland oder anderen Teilen der Welt nach Thüringen ziehen.

Heimat Thüringen bedeutet für uns nicht nur Thüringer Traditionen, Bräuche, Kultur und Geschichte, sondern auch ein deutsches Bundesland, das seinen festen Platz in der Mitte Europas und einer globalisierten Welt hat. Thüringen muss europäisch und global vernetzt sein, andere Menschen einladen, sich in unserer Heimat einzubringen und mit Offenheit die Chancen einer globalisierten und digitalen Welt nutzen.

Beschluss #1 - Leitantrag

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



Wir stehen deshalb klar zur europäischen Idee und zur Europäischen Union. Ein freies Europa sichert uns – wie bislang keiner anderen Generation vor uns – Frieden, Wohlstand und Sicherheit. Leider nimmt in der Bevölkerung die Skepsis gegenüber Europa stärker zu. Wir machen uns deshalb für einen neuen Aufbruch für Europa stark und kämpfen für die europäische Idee. Richtig ist, wir brauchen Reformen in Europa, und einen neuen Geist für eine neue, optimistische Erzählung über Europa. Falsch ist eine Politik, die antieuropäisch ist und auf Abschottung setzt. Wir sind fest davon überzeugt, dass Thüringen nur im Herzen eines starken und geeinten Europas eine optimistische Zukunftsperspektive hat.

Entwicklung einer Heimatstrategie

Alles Gerede über Heimat nützt nichts, wenn wir nicht zu konkreten Initiativen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in unserer Heimat kommen. Wir schlagen deshalb vor, dass Thüringen nach dem Vorbild Bayerns eine konkrete Heimatstrategie mit zentralen strukturellen Maßnahmen zur Entwicklung strukturschwächerer Räume erarbeitet.

Ziel der Heimatstrategie muss es sein, die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen innerhalb Thüringens sicherzustellen. Denn trotz positiver Entwicklung unseres Bundeslandes ist die Geschwindigkeit des Wachstums nicht überall gleich. In den großen Städten, wie Erfurt und Jena, und entlang der Entwicklungsachse BAB 4 ist eine hohe Dynamik zu beobachten, während vor allem die ländlichen und strukturschwächeren Räume um den Anschluss kämpfen.

Die Hauptaufgabe der Landesentwicklung und die große Herausforderung in der Landespolitik für die kommenden Jahre ist es deshalb, dafür zu sorgen, dass Thüringen kein Land der zwei Geschwindigkeiten wird. Thüringen ist dann lebenswert, wenn wir gemäß unserer Verfassung die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sichern. Das bedeutet nicht Gleichzeitigkeit. Weder kann es überall Theater und Universitäten geben, noch würde es Sinn ergeben, überall das gleiche Mietniveau anzustreben. Wir wollen überall gute Perspektiven und hohe Lebensqualität. Wir wollen keine Region abhängen. Wir wollen die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen zwischen den größeren Städten wie Erfurt oder Jena und dem ländlichen Raum.

Beschluss #1 - Leitantrag

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



Als wichtige Säulen einer Thüringer Heimatstrategie schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- Etablierung eines Thüringer Heimatministeriums, das bei der Landesentwicklung als Scharnierstelle zwischen Landesregierung und Kommunen fungiert und die gleichwertige Entwicklung des Landes koordiniert.
- gezielte Behördenverlagerungen: Die Möglichkeit der Verlagerung von einzelnen Landesbehörden muss ernsthaft geprüft werden. Ziel muss es sein, als konkrete strukturpolitische Maßnahme mehr Landesbehörden in die Fläche und den ländlichen Raum zu bringen. In diesem Zusammenhang schlagen wir zudem eine gemeinsame Bundesratsinitiative mit anderen Flächenländern vor, mit dem Ziel, mit dem Bund zu konkreten Vereinbarungen zur Verlagerung von Bundesbehörden in strukturschwächeren Räumen zu kommen. Wir brauchen mehr Bundesbehörden in der Fläche.
- Die Politik der Dezentralisierung der Thüringer Wissenschaftslandschaft muss fortgesetzt werden. Die Gründung zahlreicher Fachhochschulen bzw. einer dualen Hochschule in Nord-, Süd- und Ostthüringen hat positive strukturpolitische Effekte gebracht. Dieser Weg muss bei künftigen Standortentscheidungen weitergegangen werden und Element der Strukturpolitik im Freistaat bleiben.
- Einrichtung von ThüringenLabs: Die Digitalisierung endet im ländlichen Raum nicht mit dem Breitbandausbau. Wir wollen die Einrichtung von ThüringenLabs. Wir wollen regionale IT-Zentren schaffen. Diese regionalen IT-Labore richten sich an Schulen, Kommunen und Wirtschaft. Sie vereinen digitale Innovationen, modernes E-Government und eine IT-Wissensbörse unter einem Dach. Mit einem mindestens 150 Mbit/s-Anschluss entsteht in jedem ThüringenLab die schnellste öffentliche Verbindung im Landkreis.

Beschluss #1 - Leitantrag

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



ThüringenLabs bieten Firmen die Plattform, um neue digitale Trends und Produkte vor Ort vorzustellen. Schulklassen sollen im ThüringenLab lernen, wie man am besten und sichersten in der digitalen Welt navigiert. Auch das ist eine Strukturmaßnahme für den ländlichen Raum.

- Freies W-Lan: Wir wollen, dass Freistaat und Kommunen gemeinsam über ihre Behörden WLAN-Hotspots aufbauen. So könnte beispielsweise in einem ersten Schritt über Finanzämter, Landratsämter und Rathäuser, Sportanlagen, öffentliche Plätze und weitere Landeseinrichtungen und kommunale Behörden offene W-Lan Netze angeboten werden. Mittelfristig sollte ein landesweites kostenfreies W-Lan Netz aufgebaut werden.
- Azubi-Ticket landesweit: Wir fordern, dass endlich ein landesweit gültiges Azubi-Ticket in die Realität umgesetzt wird. Rot-Rot-Grün versagt bei diesem Thema völlig.
- Berufsschulen stabilisieren: Wichtige strukturpolitische Maßnahme ist ein dichtes Netz an Berufsschulen. Wir fordern deshalb, Mindestklassengrößen für Berufsschulen abzuschaffen und damit der Schließung von Schulen und insbesondere Berufsschulen Einhalt zu gebieten und flexibler reagieren zu können. Ebenso darf es für die allgemeinbildenden Schulen keine Mindestschülerzahlen geben.

Leistbares Leben für junge Familien in Stadt und Land

Der ländliche Raum soll für Familien genauso attraktiv sein wie die großen Städte. Deshalb muss das Leben sowohl im ländlichen Raum als auch in größeren Städten für junge Familien attraktiver werden. Das Leben im ländlichen Raum hat den Vorteil, dass Mietpreise und der Erwerb von Wohneigentum in der Regel günstiger sind als in großen Städten, die Luft sauberer ist und die Natur direkt vor der Haustür beginnt. Die großen Städte bieten den Vorteil, Theater, Kino, Straßenbahn, Schwimmbad oder Universität direkt vor der Haustür zu haben.

Beschluss #1 - Leitantrag

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



Um das Leben besonders für junge Familien in Stadt und Land attraktiver zu machen, setzen wir uns dafür ein:

- dass die Grunderwerbssteuer beim Ersterwerb von Wohneigentum für Familien mit mindestens einem Kind entfällt
- Straßenausbaubeiträge abgeschafft bzw. den Kommunen vom Land erstattet werden, um junge Familien von dieser finanziellen Belastung zu befreien.
- der Freistaat ein Thüringer Geburtengeld einführt, bei dem in Thüringen lebende Eltern für die Geburt ihres Kindes ein Geburtengeld von 5.000 EUR erhalten. Das Geburtengeld ist ein zinsloses Darlehen. Die Rückzahlung wird erlassen, wenn das jeweilige Kind bis zur Vollendung des zehnten Lebensjahres seinen Wohnsitz ununterbrochen in Thüringen hatte.

Klare Kante gegen Europafeinde

Europa steht heute am Scheideweg. Europaskeptische bis hin zu europafeindlichen politischen Kräften gefährden die europäische Idee. Umso wichtiger ist es, dass wir als junge Generation stark, laut und überzeugend für die europäische Idee in Thüringen eintreten und überzeugend für Europa kämpfen. Wir treten allen entgegen, die gegen die europäische Idee Front machen.

Zugleich setzen wir uns für Reformen in Europa ein, um einen neuen Aufbruch für Europa zu erreichen. Aus Sicht der Thüringer Europapolitik sind uns folgende Aspekte besonders wichtig:

- Europa muss eine Wertegemeinschaft bleiben, für die die Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht verhandelbar sind. Die Ausrichtung EU-Mittel an diese Prinzipien zu koppeln ist richtig.
- Europa darf keine Transferunion werden.

Beschluss #1 - Leitantrag

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



- Die Chancen und Herausforderungen aus den Brexit-Verhandlungen müssen für Thüringen wirtschaftlich, finanziell und strukturell so verträglich wie möglich ausfallen.
- Wir wollen ein Europa, das auf dem Prinzip der Subsidiarität aufbaut. Nur das, was wirklich europäisch geregelt werden muss, sollte auf europäischer Ebene entschieden werden. Die EU muss sich wieder ausschließlich um die wesentlichen europäischen Fragen wie Außen- und Sicherheitspolitik, Migrations-, Energie- und Klimapolitik oder Handelspolitik kümmern. Andere Politikfelder, die national, regional oder lokal geregelt werden können, müssen auf diesen Ebenen bleiben. Es muss transparenter werden, welche Ebene für welchen Bereich zuständig ist.
- Wir setzen uns für starke Mitgliedsstaaten sowie starke Bundesländer bzw. Regionen ein, weil wir ein Europa der Vielfalt wollen. Dementsprechend muss innerhalb Deutschlands das Mitbestimmungsrecht der Länder bei der Verletzung des Subsidiaritätsprinzips gestärkt werden.
- Eine Stärkung der Austauschprogramme für Studenten sowie Auszubildende: Wir unterstützen eine Aufstockung der Mittel für Erasmus, wie es die EU-Kommission gegenwärtig vorgeschlagen hat.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Thüringen weiter von der europäischen Kohäsionspolitik profitiert.
- Das Weimarer Dreieck als außenpolitisches Gesprächsformat zwischen Frankreich, Polen und Deutschland muss wiederbelebt werden. Thüringen kann hier vorangehen und auf zivilgesellschaftlicher Ebene diesen Austausch besonders befördern.

Hygiene kann Menschenleben retten!

Die Versorgungsanfragen für ambulante Intensivpflege sind bundesweit in den letzten Jahren gestiegen. Gründe dafür sind unter anderem die fortschreitende medizinische Entwicklung, die Zunahme chronischer Erkrankungen, der demographische Wandel sowie die kürzere Verweildauer von Patienten in den Kliniken. Auf den wichtigsten Hygienestandard, nämlich das Händewaschen, wird auch in der außerklinischen Beatmungs- und Intensivpflege besonders geachtet. Werden Menschen mit Atemwegserkrankungen ambulant betreut, sind diese in der Regel in der Immunabwehr geschwächt. Besonders Menschen, die invasiv beatmet werden müssen, sind sehr anfällig. Hygienepläne sollen ein Infektionsrisiko minimieren. Nach dem TRBA 250 (Technische Regeln für biologische Arbeitsstoffe) sind Hygienepläne an die betrieblichen Gegebenheiten anzupassen. Hier geben unter anderem die DGKH (Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene) und das RKI (Robert-Koch-Institut) die Richtung vor.

Versorgungsformen der außerklinischen Intensivpflege durch professionelle Anbieter haben sich vier unterschiedliche Versorgungsformen etabliert:

1. die ambulant-häusliche (1:1) Einzelversorgung,
2. die stationäre Versorgung in spezialisierten Pflegeeinrichtungen (in der Regel Altenpflegeeinrichtungen)
3. die Versorgung in sogenannten ambulanten Wohngemeinschaften mit maximal 12 Plätzen in angemieteten Räumlichkeiten (Wohnungen, Häuser), Betreuung in 24-Stunden-Schichten durch einen Intensivpflegedienst und
4. die Versorgung durch das sog. Arbeitgeber- bzw. Assistenzmodell, bei dem der geschäftsfähige Klient sein Assistenzpersonal nach rein persönlichen Kriterien völlig unabhängig von dessen beruflicher Qualifikation auswählen kann.

Beschluss # 2

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



Grundsätzlich sind bei allen Versorgungsformen für die ärztliche Betreuung weiterhin die Hausärzte zuständig.

Weitere grundlegende Probleme bei der Versorgungsform der AKI vielfältig. Es handelt sich hierbei um:

- hohe Anforderungen an die fachliche Qualifikation des Pflegepersonals bei gleichzeitigem Mangel an qualifiziertem Personal
- hohe und spezielle Anforderungen an die ärztliche Betreuung dieser Klienten, die im Regelfall Hausärzte sind
- regelhafter Einsatz von aktiven Medizinprodukten der respiratorischen Heimtherapie, die gemäß Herstellervorgaben zu warten sind und nur von eingewiesenem Personal bedient werden dürfen
- Gefährdung durch Stromausfälle (keine gesetzliche Verpflichtung der Pflegedienste zur Vorhaltung einer Notstromversorgung und -beleuchtung zum Weiterbetreiben von Beatmungsgeräten, Sauerstoffkonzentratoren und Absaugpumpen über die Laufzeiten der internen Akkus hinaus, keine Verpflichtung zur Vorhaltung einer Notfallausrüstung mit externen Akkus, Ersatzgeräten und mobiler Sauerstoffversorgung)
- Personenschutz: die bauliche Gestaltung der WGs kollidieren in Teilen miteinander: Pflegekräfte halten sich bis zu 12 Stunden täglich in der Klientenwohnung auf und verfügen weder über eine separate Toilette, noch über Aufenthalts-, Büro- oder Umkleieräume, da diese formalen Kennzeichen einer stationären Einrichtung sind
- formaler Gaststatus des Pflegedienstes in der Wohnung des Klienten/in den Wohngemeinschaften, dessen Maßnahmen formal der Zustimmung des Klienten bzw. dessen Betreuer oder des Betreuerremiums bedürfen. Dazu zählen beispielsweise die Genehmigung der Montage von Händedesinfektionsmittelspendern in den Räumen der Klienten und der Desinfektionsmitteleinsatz

Beschluss # 2

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



- Versorgung teilweise nicht geschäftsfähiger Klienten, bei denen alles über den gesetzlichen Betreuer zu regeln ist
- Aufenthalt weiterer Personen in der Wohnung des Klienten, die sich nicht an die Vorgaben halten

Wir fordern als Junge Union Thüringen die Anpassung der aktuellen Hygienestandards auf die neuen Versorgungsformen und die oben erläuterten grundlegenden Probleme zu lösen.

Da in den neuen Versorgungsformen Klienten engen Kontakt mit Pflegepersonal, Angehörige und Mitbewohner haben ist die Etablierung eines korrekten und standardisierten Aufnahmescreenings bei allen Klienten der außerklinischen Intensivpflege, insbesondere im Bereich der Wohngemeinschaften erforderlich. Dieses Aufnahmescreening soll bei Erstaufnahme und nach jedem stationären Krankenhausaufenthalt auf MRSA und MRGN durchgeführt werden. Es umfasst einen Nasen-Rachen-Abstrich, einen tiefen Analabstrich, Urinprobe bzw. einen perianalen Abstrich sowie Trachealsekret. Das Ergebnis ist dem Klienten, und dem beteiligten Pflegepersonal zu kommunizieren. die beteiligten Pflegekräfte sind zu den erforderlichen Standardhygienemaßnahmen schnellstmöglich zu schulen.

Wir fordern als Junge Union Thüringen ein Aufnahmescreening in der außerklinischen Intensivpflege.

Pflege 4.0.

Bislang wissen wir relativ wenig darüber, wie moderne Technologien von Pflegenden im Arbeitsalltag genutzt werden und welche Potenziale oder Risiken damit verbunden sind. Auch zu den Einstellungen von Pflegenden gegenüber der fortschreitenden Digitalisierung gibt es mehr Fragen als Antworten. Wie beurteilen sie den Einsatz von Technologien im Arbeitsalltag? Erwarten sie, dass die Technik zukünftig die pflegerische Arbeit unterstützt und damit erleichtert?

Beschluss # 2

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



Die Ergebnisse wurden, soweit möglich und sinnvoll, differenziert betrachtet nach Arbeitsbereichen – Krankenhäuser, stationäre Altenpflege, ambulante Dienste – sowie nach vier „Fokustechnologien“:

- Elektronische Dokumentation – oder das schriftliche Festhalten der Pflegeplanung und pflegerischer Maßnahmen mit geeigneter Software,
- Telecare – das Erbringen von Pflegeleistungen, Diagnostik und Behandlung durch Informations- und Kommunikationstechnologien unter Überbrückung von Distanz,
- Technische Assistenz – als digitale Unterstützung in der häuslichen und pflegerischen Umgebung,
- Robotik – welche für den Menschen autonom Aufgaben übernimmt, bei Routinetätigkeiten unterstützt oder zu sozialer Interaktion anregen soll.

Die Pflege hat oft den Ruf einer „Nachzüglerin“ bei der fortschreitenden Digitalisierung. Im gesamten Gesundheitswesen sollen demnach moderne Technologien bislang relativ wenig verbreitet sein und in der Pflege noch weniger als in der Medizin. So war bei der deutschlandweiten Befragung durch TNS Infratest (2016) nur das „sonstige verarbeitende Gewerbe“ weniger als das „Gesundheitswesen“ digitalisiert.

Vor diesem Hintergrund überrascht ein Befragungsergebnis des Deutschen Gewerkschaftsbundes: Laut seiner Befragung von fast 10 000 Beschäftigten fühlten sich im Gesundheitswesen mit 88 Prozent mehr Beschäftigte von der Digitalisierung betroffen als im Durchschnitt aller Branchen (83 Prozent) (Institut DGB-Index Gute Arbeit 2016).

Die im Frühjahr 2017 durchgeführte Befragung der BGW stützt die Ergebnisse des Deutschen Gewerkschaftsbundes tendenziell: PCs und das Internet wurden im pflegerischen Berufsalltag bereits fast ausnahmslos genutzt. Ein Smartphone als digitales Endgerät setzten immerhin drei Viertel der Befragten ein – und ein Tablet 60 Prozent.

Beschluss # 2

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



Und wie sieht die Nutzung der eingangs genannten Fokustechnologien aus? In der Literatur liegen nur Daten für die elektronische Dokumentation vor. Hier wird oft auf eine Studie der Hochschule Osnabrück verwiesen. Laut dieser hatte im Jahr 2014 knapp ein Drittel der befragten Krankenhäuser die elektronische Dokumentation mindestens in einer Organisationseinheit umgesetzt und ein weiteres Drittel mit ihrer Umsetzung begonnen (Hübner et al. 2015).

Auch in der BGW-Stichprobe unter Pflegekräften ließ sich der Trend hin zur vermehrten Nutzung EDV-gestützter Dokumentationssysteme beobachten: Fast 70 Prozent der Befragten aus Krankenhäusern nutzten diese. In der stationären Altenpflege waren es mit 80 Prozent noch mehr.

Andere, „neuere“ Lösungen kamen laut der Befragten deutlich weniger zum Einsatz, gleichwohl sind die Zahlen nennenswert: Etwa ein Drittel der Befragten in der gesamten Stichprobe nutzten Technische Assistenz im Berufsalltag, ein Viertel Telecare/-medizin und ein Fünftel Robotik.

Einschränkend ist zu erwähnen, dass die BGW-Branchenbefragung trotz ihrer relativ großen Stichprobe nicht repräsentativ ist, ebenso wie alle weiteren bislang zu dem Thema veröffentlichten Erhebungen. Dennoch deuten die Daten darauf hin, dass moderne Technologien in der Pflege offensichtlich bereits stärker verbreitet sind als gemeinhin angenommen. Die Digitalisierung macht auch vor diesem Tätigkeitsfeld keinen Halt.

Digitalisierung – Potenziale und Risiken

Höchste Zeit also für die Pflege, sich mit den Chancen und Risiken der Digitalisierung auseinanderzusetzen. Technik kann Pflegende in ihrem Arbeitsalltag unter bestimmten Umständen merklich unterstützen. Die Digitalisierung kann helfen, den Informationsfluss in Einrichtungen des Gesundheitswesens zu verbessern und die interdisziplinäre Vernetzung zu stärken. Darüber hinaus werden mit dem Einsatz moderner Technologien mehr Informationen gewonnen, neuerdings auch unter dem Stichwort „Big Data“ bekannt, um so die Versorgung von Patienten und Pflegebedürftigen besser zu steuern.

Beschluss # 2

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



Kritiker halten dem entgegen, die Pflege und moderne Technologien würden nicht zueinander passen. Das berufliche Selbstverständnis der Pflege, geprägt durch Fürsorge und menschliche Zuwendung, stehe moderner Technik als Ausdruck einer kühlen Rationalität gegenüber. Es wird befürchtet, dass in der Pflege die Arbeit am und mit dem Menschen durch die fortschreitende Digitalisierung abnimmt. Darüber hinaus sind Fragen des Datenschutzes teilweise noch nicht zufriedenstellend gelöst: Wie wird gewährleistet, dass die neu gewonnenen Informationen sicher sind und auch in Zukunft sicher bleiben?

Diese recht allgemeinen Einschätzungen lassen sich für die vier Fokustechnologien konkretisieren.

Elektronische Dokumentation: Früher gingen bei der Pflegedokumentation mit Papier und Stift gegebenenfalls Informationen verloren, beispielsweise, weil Handschriften unleserlich waren. Bei einer EDV-gestützten Dokumentation ist die Transparenz oft größer, da sich die Zettelwirtschaft verringert und einheitliche Begriffe und Formulierungen verwendet werden. Zudem lassen sich durch Informations- und Kommunikationstechnologien pflegerelevante Informationen leichter im Team austauschen: Man kann gleichzeitig und jederzeit auf die Daten der betreuten Menschen zugreifen. Übergabebücher, Dienstplanaushänge und Tourentafeln in der ambulanten Pflege können entfallen, die Personaleinsatzplanung und die betriebswirtschaftliche Steuerung werden durch „gute“ Systeme vereinfacht.

Allerdings bindet die Umstellung auf EDV Ressourcen. Sie kostet Geld und vor allem Zeit. Die Auswahl und Implementierung einer Software ist in vielen Einrichtungen aufwändig und langwierig. Alle, die damit arbeiten, sind mit dem neuen System vertraut zu machen. Auch Wartung und Pflege sind zu berücksichtigen. Darüber hinaus können im Alltag Informationen verloren gehen, wenn der persönliche Austausch unter der elektronischen Dokumentation leidet oder die Dokumentation nicht sofort beim Patienten oder Pflegebedürftigen erfolgt, weil technische Endgeräte fehlen.

Beschluss # 2

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



Nichtsdestotrotz ist es wohl nur eine Frage der Zeit, bis sich eine digitale Dokumentation flächendeckend in Krankenhäusern, Pflegeheimen und ambulanten Diensten durchsetzt. Immer größer werdende Datenmengen und die auf der Hand liegenden Effizienzvorteile lassen kaum einen anderen Schluss zu.

Telecare: Weniger eindeutig sind die Perspektiven für Telecare und Telemedizin in Deutschland. Durch Tele-care könnte die Pflege als Beratungsleistung zukünftig in Teilen ortsunabhängig erfolgen. Sie bietet deshalb insbesondere in dünn besiedelten Gebieten Potenziale, falls die medizinisch-pflegerische Versorgung wohnortnah nicht mehr gewährleistet ist. Lange Anfahrtswege, insbesondere in der ambulanten Versorgung, würden dann entfallen, was gegebenenfalls Zeitersparnisse zur Folge hätte. Allerdings würde der persönliche Kontakt zu den Patienten und Pflegebedürftigen eingeschränkt und damit könnten wichtige Informationen, etwa aus nonverbaler Kommunikation, verloren gehen.

Technische Assistenz: Diese kann dazu beitragen, die pflegerische Arbeit effizienter zu steuern, weil „im Hintergrund“ Daten generiert werden und weniger Kontroll- und Routinetätigkeiten durchzuführen sind. Beispiele zur Entlastung können Sensormatten mit Alarmfunktion sein, sobald sturzgefährdete Personen das Bett verlassen, Systeme, die automatisch an die Medikamenteneinnahme und Flüssigkeitsaufnahme erinnern, Freisprecheinrichtungen im Bewohnerzimmer oder eine automatische Nachtlichtsteuerung. Allerdings mangelt es für viele Systeme noch an handfesten Nutzenbewertungen und der bedarfsorientierten Ausrichtung.

Robotik: Noch weniger marktreif sind viele robotische Systeme für die Pflege. Erfahrungen aus Modellprojekten machen dennoch auf Potenziale aufmerksam. Diese betreffen vornehmlich die physische Entlastung. Autonom agierende Hebehilfen und Exoskelette könnten zukünftig das Portfolio an herkömmlichen Hilfsmitteln zur Verringerung von Belastungen des Muskel-Skelett-Apparates in ausgewählten Arbeitssituationen sinnvoll ergänzen.

Beschluss # 2

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



Zudem setzen erste Kliniken auf fahrerlose Transportsysteme zum automatisierten Transport von Essen, Wäsche, Sterilgütern oder Medikamenten, womit auch andere Berufsgruppen entlastet werden können. Kritisch werden tendenziell humanoide Roboter gesehen, weil der praktische Mehrwert für den pflegerischen Alltag (noch) begrenzt ist und ein Ersatz menschlicher Arbeit befürchtet wird.

Wir als Junge Union Thüringen fordern eine verstärkte Umsetzung der Pflege 4.0 um den Arbeitsalltag von Pflegekräften zu erleichtern.

EU-Agrarzölle abbauen: Partizipation von Entwicklungslän- dern an wertschöpfender Verarbeitung ermöglichen

Die Junge Union fordert, dass die Bundesregierung auf EU-Ebene auf einen Abbau der Zollschranken für verarbeitete Agrarprodukte hinwirkt und Entwicklungsländern damit die Partizipation an wertschöpfender Verarbeitung ermöglicht. Während unverarbeitete Agrarprodukte häufig zollfrei in die EU eingeführt werden können, unterliegen verarbeitete und damit werträftigere Produkte häufig Zöllen.

Beschluss # 4

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



Kurze Beine – Kurze Wege

Bekanntnis zu Schulen im ländlichen Raum

Die Junge Union Thüringen fordert die Landesregierung auf, sich für den Erhalt von kleineren Grundschulen auch unterhalb der geplanten Mindestschülerzahl von 80 Schülern einzusetzen. Die Aufgabe, die Schulgrößen festzulegen, liegt beim Träger.

Darüber hinaus fordert die Junge Union Thüringen, dass alle Schulstandorte in Thüringen eine Standort- und Eigenständigkeitsgarantie erhalten.

Beschluss # 5

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



Stopp der Gesundheitskarte

Die Junge Union Thüringen fordert:

Den Stopp der nächsten Stufe der elektronischen Gesundheitskarte. Gleichzeitig bekennen wir uns zum erleichterten Zugang zu Patienteninformationen für die Versicherten. Dazu sind die neuesten Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen.

Beschluss # 6

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



Thüringer Bildungseinrichtungen fit für die Digitalisierung machen

Die Junge Union Thüringen setzt sich für geeignete Rahmenbedingungen für digitale Bildung an den Thüringer Schulen, Universitäten und Hochschulen, sowie Kindergärten ein. Konkret soll jede Schule einen Glasfaseranschluss, ein schulöffentliches WLAN (Freischaltung nach Wunsch des Lehrerkollegiums), ausreichend Hard- und Software je nach Bedarf und Schulart erhalten. Auch die Kindergärten brauchen geeignete Breitbandanschlüsse sowie altersgemäße Soft- und Hardware. Das Land und die Träger sollen dazu in Absprache mit den Schulen und Kindergärten bis Anfang 2019 Konzepte vorlegen und die fünf Milliarden Bundesmittel, wenn notwendig ergänzen. Um rechtliche Unsicherheiten (DSG) bezüglich personenbezogener Daten zu klären, soll seitens des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport eine Aufklärung über die neuen Regelungen stattfinden.

Beschluss #7

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



Mail-Adressen für Schulen und Lehrer

Die Junge Union Thüringen setzt sich für die Errichtung dienstlicher E-Mail Konten für Lehrer im Freistaat Thüringen ein. Zusätzlich dazu soll eine aus datenschutzrechtlicher Sicht sichere (Schüler-Lehrer) Plattform für die E-Mail Kommunikation und Datenspeicherung über einen Server sichergestellt werden. Diese Plattform soll zukünftig ebenfalls eine digitale Schülerakte, die Verwaltung der Zensuren und ein digitales Klassenbuch beinhalten.

Beschluss #8

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



Keine Bevorzugung von Gemeinschaftsschulen

Die Junge Union Thüringen fordert, dass alle Schularten gleichwertig behandelt werden und keine Bevorzugung einer einzelnen stattfinden darf und soll.

Beibehaltung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche, sowie des § 219 a StGB

Die Junge Union Thüringen fordert die Beibehaltung des Werbeverbots bei Schwangerschaftsabbrüchen und des § 219a StGB. Sie spricht sich strikt gegen die Bundesratsinitiative zur Aufhebung des § 219a und die Zulässigkeit von Werbung für Schwangerschaftsabbrüche aus.

Die Junge Union Thüringen spricht sich gegen die Kommerzialisierung und Bagatellisierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch Werbung für diese und für die Beibehaltung des Systems der Schwangerschaftsberatungsstellen in der bestehenden Form aus, da diese der Situation der Schwangeren und dem Lebensrecht des Ungeborenen Kindes neutral gegenüberstehen und umfassende Informationen und Lösungsansätze für Konfliktsituationen bereitstellen können.

Beschluss #10

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



JUnges Programm zur Landtagswahl

Die Junge Union Thüringen wird zur Landtagswahl 2019 eigene Schwerpunkte zur Ergänzung des Wahlprogramms der CDU Thüringen in einem Kurzprogramm zusammenstellen. Als Landesverband werden wir dazu offene Dialogforen in den JU Kreisverbänden anbieten, um dort mit allen Interessierten zu diskutieren.

Schulstunden sichern

Ausweitung und Durchsetzung des Vertretungslehrerpools in Thüringen

Die Junge Union Thüringen fordert die personelle Ausweitung des Vertretungslehrerpools in Thüringen. Das bestehende Personalentwicklungskonzept des Freistaates aus dem Jahr 2013 soll praktikabel ausgebaut werden, um für jede Schule nutzbar zu sein. Damit soll dem Lehrermangel und Unterrichtsausfall an Thüringer Schulen entgegengewirkt werden. Der Nutzung des Vertretungslehrerpools als Möglichkeit zur generellen Unterrichtsabdeckung wird widersprochen, er muss einzig im Vertretungsfall zur Verfügung stehen.

Unterrichtsausfall schwarz auf weiß Mehr Transparenz und Öffentlichkeit im Umgang mit ausfallenden oder ver- tretenen Unterrichtsstunden

Die Junge Union Thüringen fordert die regelmäßige und transparente Erhebung und Veröffentlichung der ausfallenden und vertretenen Unterrichtsstunden an Thüringer Schulen.

Die Schulen sollen Angaben über Ausfallstunden, fachfremd- und fachgerecht vertretenen Unterricht, eigenverantwortliches Arbeiten, sowie die Einbeziehung des Vertretungslehrer-pools bestehend aus 4% des Lehrergrundbedarfs, regelmäßig standardisiert dokumentieren und an die jeweiligen Schulämter melden. Die beim Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) gesammelten Zahlen sollen regelmäßig veröffentlicht werden.

Kultur von Bürgern für Bürger

Projektfördertopf für den ländlichen Raum

Die Junge Union Thüringen fordert die Landesregierung auf, einen Projektfördertopf, mit dem Ziel lokale, kleinteilige und schnell umsetzbare Projekte im ländlichen Raum in Ortschaften unter 12.500 Einwohnern niederschwellig zu fördern, einzurichten. Folgende Gesichtspunkte sind dabei zu beachten:

1. Der Beantragung der Mittel soll einfach, kurz und übersichtlich gestaltet sein
2. Die Möglichkeit der Antragstellung soll aktiv bekannt gemacht werden
3. Der Antragsteller selbst soll die Möglichkeit erhalten, sich vor dem Antrag beraten zu lassen
4. Die beantragbare Höchstsumme soll 1000 € nicht überschreiten
5. Veröffentlichung der geförderten Projekte in einer Online-Galerie

Beschluss #14

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



„Digitaler Hausmeister“ an Thüringer Schulen

Die Junge Union Thüringen fordert die Landesregierung auf, einen schulübergreifenden, digitalen Hausmeister an den Thüringer Schulen, der sich um die Installation und Wartung der digitalen Infrastruktur kümmert, einzuführen.

Beschluss #15

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



**„Thüringen entdecken“ auch für
Menschen ohne Auto, Einkommen oder
Thoska:
Ein dauerhaftes Schülerticket
für Thüringer Schüler**

Die Junge Union Thüringen fordert die Landesregierung auf, ein landesweites Schülerticket einzuführen.

Beschluss #16

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



Prävention ist die beste Medizin

Tabakprävention an Thüringer Schulen

Die Junge Union Thüringen fordert die Landesregierung auf, ein landesweites Präventionsprogramm gegen Tabak, an Thüringer Schulen zu etablieren.

Beschluss #17

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



Aus für das Chaos in der Mülltonne Konsequenterere Trennung von Biomüll

Die Junge Union Thüringen fordert die Landkreise und kreisfreien Städte im Freistaat Landesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass in Thüringen eine konsequente Trennung des Biomülls vom sonstigen Abfall erfolgt.

Beschluss #18

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



Nationale Flatrates sollen europaweit gelten

Die Junge Union Thüringen fordert, dass sich der Gesetzgeber dafür einsetzt, dass wie schon das kostenfreie Nutzen mobiler Daten in der Europäischen Union auch das kostenfreie Telefonieren – sofern der jeweilige Vertrag bereits eine nationale Flat beinhaltet – beschlossen wird.

Beschluss #19

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



Erweiterung der Bandbreite der „Güter des täglichen Bedarfs“ im Sinne des Umsatzsteuergesetzes

Zukünftig sollen Babynahrung, Medikamente und Hygieneartikel der Frau als Güter des täglichen Bedarfs deklariert werden und somit von der reduzierten Mehrwertsteuer in Höhe von 7% zu profitieren.

Beschluss #20

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



Beibehaltung von Bleimunition für die Jagd

Für das Jagdgeschehen im Freistaat soll weiterhin Bleimunition, sowohl bei der Staatsjagd, wie auch bei der Privatjagd, verwendet werden dürfen.

Beschluss #21

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



Klares Bekennen zum Tanzverbot

Die Junge Union Thüringen bekennt sich ausdrücklich zum bestehenden Tanzverbot an den damit belegten Feiertagen.

Beschluss #22

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



Aufrechterhaltung der Sanktionen gegen die Russische Föderation

Die Junge Union Thüringen spricht sich, in der derzeitigen Situation, entschieden für die gegen die Russische Föderation verhängten Sanktionen aus und fordert, diese beizubehalten und weiter zu verschärfen. Wir bemühen uns weiterhin um eine intensive Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation.

Beschluss #23

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



Erhöhung der Punktzahl der ambulanten Pflegeleistungen

Die Anhebung und Überarbeitung der Punktzahlen für ambulante Pflegeleistungen in Thüringen in Richtung des bundesweiten Durchschnitts.

Beschluss #24

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



Überarbeitung der Leistungsarten der ambulanten Pflegeleistungen

Forderung:

Die Leistungsarten der ambulanten Pflegeleistungen sollen überarbeitet werden.

Verpflichtendes Gesellschaftsjahr

Forderung:

Die Junge Union Thüringen spricht sich für ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr aus. Junge Menschen sollen nach Abschluss einer weiterführenden Schule einen Wehrdienst oder Zivildienst leisten. Der Zivildienst soll orientiert sein an den bestehenden sozialen, ökologischen, sportlichen, politischen, Denkmal pflegerischen oder kulturellen Jahren, die in Deutschland bereits nach dem Abschluss freiwillig bestritten werden können. Das Gesellschaftsjahr gilt für Frauen und Männer. Der Dienst während des Gesellschaftsjahres kann für verwandte Ausbildungsberufe oder für ähnliche Studienfächer in Form von Wartesemestern angerechnet werden.

Beschluss #26

31. Landestag der Jungen Union Thüringen
Ilmenau 1. & 2. September 2018



Rücktrittsforderung Minister Lauinger

Forderung:

Die Junge Union Thüringen fordert den sofortigen Rücktritt des Ministers für Migration, Justiz und Verbraucherschutz Dieter Lauinger.

Feuerwehren unterstützen- Ausbildung für spezielle Einsatz- szenarien bundesweit vereinheitlichen

Die junge Union Thüringen fordert die Landesregierung des Freistaates Thüringen zu folgendem auf:

Der Freistaat Thüringen soll eine Initiative innerhalb der ständigen Innenministerkonferenz anstreben. Ziel dieser Initiative soll sein, dass die Projektgruppe Feuerwehr-Dienstvorschriften des Ausschusses für Feuerwehrangelegenheiten, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung (AFKzV) innerhalb der IMK eine Überarbeitung der Feuerwehrdienstvorschriften 1,2 und 3 prüft. Dabei soll auf die Anforderungen spezieller Einsatzsituationen, insbesondere bei Wald- und Vegetationsbränden Rücksicht genommen werden. Konkret regen wir folgendes an:

- die Überarbeitung der FwDV 2 „Ausbildung der freiwilligen Feuerwehr“ – im Rahmen insbesondere der Grundausbildung sollten für spezifische Einsatzszenarien zusätzliche Unterrichtseinheiten eingeführt werden. Es empfiehlt sich, eine zusätzliche Ausbildung in der Bekämpfung von Wald- und Vegetationsbränden theoretisch und auch praktisch einzuführen.
- Weitere Sonderfälle wären zu prüfen und ggf. auch mit aufzunehmen.
- in der FwDV 3 „Einheiten im Lösch- und Hilfeleistungseinsatz“ sollten spezielle Einsatzgrundsätze für den Einsatz bei Wald- und Vegetationsbränden mit aufgenommen werden. Diese sollten den Unterschieden in bestimmten geografischen Räumen Deutschlands Rechnung tragen.
- in der FwDV 1 „Grundtätigkeiten – Lösch- und Hilfeleistungseinsatz -“ sollte eine kritische Überprüfung stattfinden, inwiefern die normale persönliche Schutzausrüstung (PSA) für den Einsatz bei Wald- und Vegetationsbränden geeignet ist oder ob eventuell eine „Vereinfachung“ angebracht ist, um die Einsatzkräfte nicht über Gebühr zu belasten.